

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/9732 –**

**Hunger bekämpfen – Entwicklungspolitische Anstrengungen zur weltweiten
Ernährungssicherheit stärken**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, weitere entwicklungspolitische und humanitäre Anstrengungen im Kampf gegen den weltweiten Hunger zu unternehmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/9732 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2024

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amtierender Vorsitzender

Sanae Abdi
Berichterstatterin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sanae Abdi, Volkmar Klein, Ottmar von Holtz, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/9732** in seiner 144. Sitzung am 14. Dezember 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag auf Bundestagsdrucksache 20/9732 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern solle, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,

1. weiterhin die Forderungen im Antrag „Nachhaltige Entwicklungsziele erreichen – Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen“ umzusetzen (Drucksache 19/8941; Beschlussempfehlung Drucksache 19/11022);
2. angesichts der angespannten weltweiten Ernährungslage die haushalterische Fähigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu erhalten, Entwicklungsländer beim Aufbau resilienter Ernährungssysteme zu unterstützen und in Krisenfällen Bedürftigen zu helfen;
3. sich dafür einzusetzen, dass die globalen Lieferketten von Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Agrarprodukten wie Düngemittel gerade auch in Krisenregionen aufrechterhalten werden;
4. sich gegenüber der Nutzung neuer Anbau- und Züchtungsmethoden offen zu zeigen und diese im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sowie der nationalen Forschung und internationalen Forschungskooperation zu unterstützen;
5. landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung auf neue Anbaumethoden und Saatgutvarianten sowie produktivere Wirtschaftsweisen durch Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen;
6. Überbrückungsfinanzierungen bei kurzfristigen, umstellungsbedingten Erntereduzierungen bereitzustellen;
7. den Aufbau von Maschinenringen zur gemeinsamen Anschaffung, zum gemeinsamen Betrieb sowie zum gemeinsamen Unterhalt von Landmaschinen zu unterstützen;
8. Kleinbäuerinnen und -bauern zu unterstützen, insbesondere Frauen seien vielfach und vielerorts Trägerinnen von Entwicklung;
9. den Ausbau der Infrastruktur für den Transport und die Lagerung in Entwicklungsländern zu unterstützen, um Lebensmittelverschwendung und -verluste zu begrenzen;
10. sich für den weltweiten – aber unter Vermeidung von Dumping – freien und fairen Handel von Agrarprodukten einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9732 in seiner 64. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 20/9732 in seiner 58. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass es entscheidend sei, einerseits die Produktion von Nahrungsmitteln zu verbessern und andererseits ökologisch verantwortbar zu machen. Das Potenzial der Agrarökologie anzuerkennen und zu unterstützen, sei dazu ein wesentlicher Baustein. In der Zukunft müsse man an die internationalen Lieferkosten denken. Gerade der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine zeige, dass Lieferketten gestärkt werden müssten, um die Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern sicherzustellen. Dazu gehöre auch, bei Düngemitteln auf dezentrale Produktion hinzuarbeiten. Hinzu komme die Farmer-Managed Natural Regeneration, wozu auch die Great Green Wall-Initiative (GGI) gehöre. Es gehe nicht nur darum, die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zu sichern, sondern auch darum, Beschäftigungseffekte insbesondere für Frauen zu generieren.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, dass viele wichtige Punkte im Antrag thematisiert würden. Die globale Entwicklung in Bezug auf die Ernährungssicherheit sei in der Tat äußerst besorgniserregend. Allerdings fehle die Benennung der strukturellen Ursachen wie Armut und globale Ungleichheit, die zu Hunger führten. Es werde auch die Strategie der Bundesregierung „Leben ohne Hunger“ nicht erwähnt, die viele der geforderten Maßnahmen bereits aufgreife. Weiterhin sei der vorgeschlagene Lösungsansatz nicht umfangreich genug und gehe beispielsweise bei der Anwendung von Gentechnik, nicht in die richtige Richtung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** konstatierte, dass der Antrag viele richtige Punkte enthalte. Vieles fehle aber, und manches könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht unterstützen. Bezüglich des Etats des BMZ kämpfe man gemeinschaftlich dafür, dass die finanziellen Mittel zur Bekämpfung des Hungers keinesfalls gekürzt würden. Mit Gentechnik den Hunger bekämpfen zu wollen, werde nicht entscheidend weiterhelfen. Das Entscheidende seien nach wie vor die strukturellen globalen Zusammenhänge. Dazu trage die Europäische Union (EU) mit ihrer Agrarpolitik bei. Vor allem aber fehlten im Antrag die Fragen der Anerkennung von Saatgut als Gemeingut und die Unterstützung des freien Austausches und der Züchtung von traditionellem Saatgut. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten in den Fokus zu rücken, und die Landrechte zu stärken, seien zentral, um vor Ort eine Nahrungsmittelproduktion zu erreichen, die es den Menschen ermögliche, ihr Menschenrecht auf Nahrung wahrnehmen zu können. Die agrarökologische Forschung in den Partnerstaaten sollte unterstützt werden. Es müsse mehr getan werden, um Landgrabbing zu verhindern. Vieles, was zu dem Thema „Hunger bekämpfen und Recht auf Nahrung“ gehöre, fehle im Antrag.

Die **Fraktion der FDP** bekundete, es sei völlig unbestritten, dass Hunger erneut zu einem dramatischen globalen Problem geworden sei. Das Problem habe sich nach der Corona-Pandemie und im Zuge von extremen Wetterereignissen in den Entwicklungsländern und aufgrund von Kriegen und Konflikten in den letzten Jahren verschärft. Insbesondere in Kriegsgebieten wie Äthiopien oder Sudan litten die Menschen an Hunger, der auch durch EZ kaum zu bekämpfen sei. Einzig Humanitäre Hilfe (HH) komme in diesen Gebieten noch in Betracht. Die Problembeschreibung des Antrags sei zutreffend. Leider ignoriere die Antragstellerin, dass gerade die Bekämpfung des Hungers eines der prioritären Ziele des BMZ sei. Mit der Sonderinitiative „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ sei die Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gerückt. Im Mai 2022 habe Bundesministerin Schulze in Zusammenarbeit mit der Weltbank das „Bündnis für globale Ernährungssicherheit“ gegründet, denn nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sei es besonders in Afrika zu Engpässen bei der Versorgung mit Getreide und hohen Preisen für Dünger und Lebensmittel gekommen. Die große Abhängigkeit des Globalen Südens von Getreideimporten wolle die Bundesregierung auch durch die Förderung einheimischer Sorten verringern, deren Gebrauch lange vernachlässigt worden sei. Entwicklungsländer müssten ihre Nahrungsmittel verstärkt selbst produzieren und lagern können. Dabei leiste die

Bundesregierung umfangreiche Hilfe. Ein effektiver Einsatz von Mitteln sei es, vor allem internationale Organisationen zu unterstützen, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und den Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Diese multilaterale Zusammenarbeit werde auch weiterhin im Fokus des BMZ-Haushalts stehen. Die Koalition engagiere sich bereits in allen von der Antragstellerin angeführten Bereichen, vom Kampf gegen den Klimawandel über den Aufbau von Lieferketten und den freien Handel bis hin zur Kontrolle der Bevölkerungsdynamik und der Betonung der Frauenrechte.

Die **Fraktion der AfD** unterstrich, dass der Antrag an den zentralen Stellen vorangegangenen Anträgen der AfD-Fraktion gleiche, beispielsweise beim Aufbau resilienter Ernährungssysteme und der Gründung großer Genossenschaften. Die Bundesministerin nutze immer nur das, was ihr Vorgänger von der CDU/CSU in gute Fahrwasser gebracht habe, aber auch nicht richtig habe umsetzen können. Vom großen CDU/CSU-Ziel, einer Welt ohne Hunger bis 2030 sei man so weit entfernt wie nie. Die Hauptursache liege in der demographischen Entwicklung, die die Fortschritte in allen Bereichen infragestelle und die Krisenanfälligkeit des afrikanischen Kontinentes weiter steigere.

Die **Gruppe Die Linke** war bei der Antragsberatung nicht anwesend.

Berlin, den 24. April 2024

Sanae Abdi
Berichterstatlerin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Ottmar von Holtz
Berichterstatter

Knut Gerschau
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

